



Raus zum 1. Mai, die BG Koblenz will mehr in Sachen Polizeizulage und nutzt den 1. Mai.



Sascha Büch überzeugt Olaf Scholz und Malu Dreyer von der Notwendigkeit, die Polizeizulage zu erhöhen und ruhegehaltstauglich zu machen.



Sabrina Kunz fordert die Landesregierung auf, rechtzeitig Personal für den Ausfall wegen Elternzeit und Teilzeit einzustellen.

ARBEITERTAG IN LUDWIGSHAFEN, MAINZ, KOBLENZ UND VIELEN ORTEN MEHR

# Ungebrochen solidarisch

Aus der Rede von Sabrina Kunz: (...) „Ich hoffe, dass wir uns am Tag der Arbeit einig darüber sind, dass es insbesondere in diesen Zeiten starke Tarifiergebnisse braucht. Kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse sind das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten. **Wir kämpfen für eine Stabilisierung der Reallöhne und -gehälter** (um auch direkt klarzumachen, dass der öffentliche Dienst gleichermaßen davon betroffen ist).

**W**ir benötigen Einkommensverhältnisse, die **existenzsichernd** sind und die Menschen am Leben teilhaben lässt. In welchem Land erleben wir, dass eine drei- oder vierköpfige Familie, in der mindestens ein Elternteil ein Erwerbseinkommen hat, sich noch nicht einmal für den ganzen Monat Lebensmittel kaufen kann?

Wir fordern **gute Tarifverträge und Tarifabschlüsse** für all diejenigen Menschen, welche mit ihrer Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft und Einheitsgewerkschaft DGB uns unsere Verhandlungsstärke geben! Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein solidarisches Band! Nur noch 52 % der Beschäftigten ar-

beiten in einem tarifgebundenen Betrieb. Das darf in einem – unter sozialdemokratischer Beteiligung – geführten Land nicht sein. Die Zielmarke der Europäischen Union liegt bei 80 %.

Ich fordere die öffentlichen Arbeitgeber dazu auf, ein **zukunftsfähiges Tarifwerk** zu schaffen. Der Tarifvertrag der Länder, der für uns Landesbeschäftigte Gültigkeit hat, ist in die Jahre gekommen und den Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen. Schaffen Sie ein Tarifwerk, welches geeignet ist, dem Fachkräftemangel konkurrenzfähig zu begegnen, welches flexible Arbeitszeitmodelle schafft und zulässt und eine sehr gute Entlohnung vorsieht. (...)

Es ist nicht so, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst mit viel Freude und gerne streiken. Nein, wir reden über Menschen, die Dienstleistungen erbringen wollen, weil sie den Menschen etwas Gutes tun wollen. Der Streik ist dann das absolut letzte Mittel – Ultima Ratio. Die Entscheidung für einen Streik wird lange überlegt und basisdemokratisch entschieden. Das gilt im Übrigen auch für die Forderungen, mit denen die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen gehen.

Für mich steht fest, dass es sich als öffentlicher Arbeitgeber (als politische Verantwortliche) nicht lohnt, die „Arbeitgeber draußen in den Industriebetrieben und anderen Betrieben“ in die Transformation und zu besseren Löhnen zu treiben und vor der eigenen Haustüre nicht zu kehren. Im Kern geht es uns auch um **mehr Personal**. Allein im öffentlichen Dienst fehlen Hunderttausende Stellen oder sind unbesetzt.

Bei dankenswerterweise bislang hohen Einstellungszahlen steuern auch wir in der Polizei Rheinland-Pfalz auf heftige Herausforderungen zu. Wir werden absehbar eine Vielzahl von zeitlichen Ausfällen aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Teilzeitbeschäftigung und anderen Notwendigkeiten in der Vereinbarkeit von Beruf und Leben bekommen, auf die wir nicht vorbereitet sind. Dies gilt auch für die zwingend notwendigen Änderungen im Bereich der **Kri-**



Foto: Stefanie Loh

Die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto fordert in Mainz die Vier-Tage Woche.

**minialitätsbekämpfung**, die sich sehr stark auch in den virtuellen Raum bewegen. Hinzu kommen zunehmend attraktive Angebote aus und in anderen Bundesländern, wie z. B. aktuell im unmittelbar benachbarten Baden-Württemberg, wo Polizistinnen und Polizisten 500 Euro brutto mehr verdienen, bei gleicher Funktion und Arbeit. Fakt ist: **Personal** kann man am besten mit **guten Löhnen und Arbeitsbedingungen** gewinnen. Beide Stellschrauben müssen gedreht werden – und zwar ungebrochen solidarisch! (...)

Olaf Scholz und Malu Dreyer kamen nach **Koblenz** und die Bezirksgruppe Koblenz ergriff die Gelegenheit, deutlich zu machen,

wie wichtig die Erhöhung und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Kolleginnen und Kollegen wäre und diese Form der Wertschätzung absolut im Fokus stehen muss für die rheinland-pfälzische Landesregierung.

In **Mainz** hielt die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto die Mairede und das mit ganz viel Gegenwind von Menschen des politisch linken Klientels, das aber dann doch dazu überredet werden konnte, die Megafone stehenzulassen und mit einem großen Plakat vor der Bühne wegzugehen. Jenni reagierte souverän und kritisierte in ihrer weiteren Rede die Haltung

der Wirtschaft, welche, mit dem Slogan „Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit“, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu bringen wollen, länger zu arbeiten – am Tag, am Abend, rund um die Uhr und bis ins hohe Alter. Dem setzte sie die Forderung nach **guter Arbeit** entgegen, z. B. durch die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Zuletzt wurde am heutigen Tag Christoph Hanschke aus der Bezirksgruppe Mainz zum Vorsitzenden des DGB-Stadtverbandes ernannt. Nein, die GdP verlässt den DGB nicht, sondern engagiert sich, ungebrochen solidarisch! ■

## Immer mehr Großraum- und Schwertransporte (GST) brauchen keine Polizei

Freiräume schaffen für andere Aufgaben im Verkehrsbereich: Bei der Absicherung von Großraum- und Schwertransporten helfen private Begleitunternehmen

In Deutschland wird zum Transport von übergroßen Gegenständen oft noch die „Straße“ genutzt. Bei der aktuellen Absicht der Bundesregierung, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu steigern, haben jetzt wahrscheinlich ganz viele Leserinnen und Leser Teile von Windrädern vor Augen, die auf deutschen Autobahnen transportiert werden. Und klassischerweise werden sie von der Polizei begleitet. Doch daran arbeitet die Polizei Rheinland-Pfalz aktuell.

### Historie

Bereits im Februar 2015 hat der ehemalige Innenminister Roger Lewentz in einer Pressemitteilung die politische Grundlage hierfür formuliert: „Ganz konkret wollen wir noch in diesem Jahr die Polizei bei der Begleitung von Schwertransporten entlasten.“ Dies mündete zunächst in einigen Pilotprojekten. Nach deren Abschluss bedurfte es dann noch einiger Anpassungen der rechtlichen Grundlagen.

Im Zentrum stand hierbei die Novelle der Verwaltungsvorschrift (VwV) zu § 29 StVO, welche sich mit „Übermäßiger Straßennut-

zung“ befasst. Für Großraum- und Schwertransporte gilt explizit der Abs. 3. In der Verwaltungsvorschrift wurde die Möglichkeit geschaffen, dass bei vorab planbaren und regelbaren Streckenabschnitten mit Standard-situationen, die Polizeibegleitung entfallen kann. Die Polizei ist hier laut aktueller Regelung nur unter bestimmten Bedingungen erforderlich, meist wenn abzusehen ist, dass Ermessensentscheidungen im Rahmen der Absicherung notwendig werden. Darüber entscheidet die zuständige Straßenverkehrsbehörde. Wenn diese nicht die Notwendigkeit einer polizeilichen Absicherung sieht, werden dem Antragsteller, welcher einen Großraum- und/oder Schwertransport durchführen will, zusätzliche Auflagen zur Absicherung seines Transportes erteilt. Diese bestehen im Gros daraus, wann welche Straßen oder Teile davon zu sperren oder in ihrer Nutzung zu begrenzen sind. Umzusetzen haben das vor Ort dann sogenannte Verwaltungshelfer, in Rheinland-Pfalz Begleitfahrer. Diese zeigen mit ihren Begleitfahrzeugen die durch die Straßenverkehrsbehörde in ihren Auflagen angeordneten Verkehrszeichen.



Foto: Polizei Rheinland-Pfalz

Matthias Scholz klärt mehr als kompetent über das sehr im Wandel befindliche Thema Begleitung von Schwerlasttransporten auf.

### Föderale Wege

In der bundesweit gültigen VwV ist somit alles geregelt; die Länder gehen aber unterschiedliche Wege. Während es vereinzelt in Bundesländern gar keine polizeiliche Absicherung mehr gibt, werden in anderen Bundesländern die Regularien zur privaten Absicherung von GST quasi nicht angewandt.

Aber nicht nur auf Bundesebene ist die Anwendung der Regelungslage inhomogen. Selbst die Genehmigungsbehörden in den einzelnen Bundesländern wenden die Regelungen in unterschiedlicher Ausprägung an, leider auch in Rheinland-Pfalz. In unserem Bundesland befinden sich die Genehmigungsbehörden in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten. Um hier eine Optimierung zu bewirken, wird aktu-



Foto: Twain Wegner

ell zu dem Thema eine Handlungsanleitung für die Genehmigungsbehörden erarbeitet. In der beauftragten AG, unter Leitung des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz, arbeiten verschiedene Behörden und die Polizei zusammen.

Seit der Zuständigkeitsübernahme durch die Autobahn GmbH des Bundes hat sich auch auf den Autobahnen in Rheinland-Pfalz einiges im Zusammenhang mit der Absicherung von Großraum- und Schwertransporten geändert. Der Autobahngesellschaft obliegt nun, die notwendigen verkehrsrechtlichen Anordnungen zu erlassen. Die Genehmigung von GST erfolgt weiter durch die zuständigen Behörden der Länder. Die für Rheinland-Pfalz zuständigen Niederlassungen West und Südwest sind in Sachen privater Absicherung bundesweit Vorreiter gewesen. Sie ordnen die privaten Absicherungsmaßnahmen über verschiedene Musterpläne an, über welche den Begleitfahrern dargestellt wird, wie die Absicherung grundsätzlich zu erfolgen hat. Wenn das in den Musterplänen dargestellte Absicherungsverfahren einmal nicht ausreichend erscheint, wird ein besonderer Beschilderungsplan erstellt, um trotzdem eine private Absicherung zu ermöglichen. So wurden zuletzt auf der A 61 an der Anschlussstelle Bornheim mehrere Flügeltransporte von Windkraftanlagen privat abgesichert. Aufgrund ihrer enormen Länge und der besonderen örtlichen Gegebenheiten mussten die Transporte rückwärts auf die Autobahn auffahren. Um dies zu ermöglichen, wurden die rechte Spur von zwei Fahrspuren sowie die Abfahrt Bornheim durch eine private Beschilderungsfirma gesperrt und der Verkehr auf der linken Fahrspur vorbeigeleitet. Diese Variante hatte neben dem nicht notwendigen Einsatz der Polizei noch weitere Vorteile. Zum

einen konnte das gesamte Manöver in einem gesperrten Streckenabschnitt durchgeführt werden, zum anderen konnte der Verkehr auf der linken Fahrspur trotzdem weiter fließen. Da die Maßnahme nachts, also zu verkehrsarmer Zeit, durchgeführt wurde, konnte so eine Staubildung vollständig verhindert und somit die Gefahr für alle Beteiligten deutlich reduziert werden.

**DP: Lieber Mathias, wir kennen uns schon recht lange. Und du hast damals die PI Mainz 3 in Richtung Stab mit meiner Bitte verlassen, die Polizei bei den Begleitungen entbehrlicher zu machen. Wie weit, würdest du sagen, bist du gekommen?**

**Mathias:** Im PP Mainz werden zwischenzeitlich ca. 75 % aller Transporte privat abgesichert. Mir wurde wiederholt kommuniziert, dass das ein toller Erfolg sei. Meiner Ansicht nach besteht hier aber noch immer Potenzial nach oben. Bei einem bestimmten Rest werden wir mit den aktuellen Regularien jedoch bleiben. Hintergrund ist, dass die private Absicherung, aufgrund des doch recht hohen Verwaltungsaufwandes in der Planung, nur auf regelmäßig genutzten Strecken zur Anwendung kommt. Außerdem sind bei vereinzelt Transporten noch immer Ermessensentscheidungen der Polizei notwendig.

**DP: Worauf setzt du noch für die Zukunft?**

**Mathias:** In absehbarer Zukunft wird die „Straßenverkehr-Transportbegleitungsverordnung“ in Kraft treten; der private Absicherer wird dann Beliehener und darf regelnd in den fließenden Verkehr eingreifen – ähnlich wie die Polizei. Natürlich nur nach einer bestimmten Ausbildung.

**DP: Müssen denn eigentlich so viele Großraum- und Schwertransporte auf der Straße rollen?**

**Mathias:** Eigentlich nicht, mit dem Schiff oder der Bahn gibt es auch Alternativen, die laut der schon genannten Verwaltungsvorschrift im Genehmigungsprozess auch geprüft werden müssten. In Ermangelung der dazu notwendigen Daten und Prozesse, findet diese Prüfung jedoch in einem großen Teil der Verfahren deutschlandweit nicht statt. Oft ist die Straße natürlich auch die naheliegendste Variante; die wenigsten Firmen oder Baustellen haben ihren eigenen Schienenanschluss und noch weniger liegen an einem Gewässer. Allerdings sehen die Vorschriften auch den sogenannten „gebrochenen“ Transport vor, also den, der auf der Straße zum alternativen Verkehrsträger gebracht wird, um dann den größten Teil der Strecke dort zurückzulegen.

Auch in dieser Thematik engagiert sich die Polizei Rheinland-Pfalz. So sind wir Teil eines Begleitkreises, welcher mit dem Ziel arbeitet, die Verlagerung von Transporten auf die alternativen Verkehrsträger voranzutreiben. Dazu werden Daten von Verladepunkten erhoben und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt. Es ist geplant, Prüfprozesse zu beschreiben und für die Genehmigungsbehörden zu vereinfachen. Nicht zuletzt soll der Transport auf den alternativen Verkehrsträgern gefördert und auch in der Ausbildung des Transportgewerbes mehr in den Fokus gerückt werden. Alles getreu unter dem Motto: „Der beste Großraum- und Schwertransport ist der, der nicht auf der Straße transportiert wird!“

**DP: Vielen Dank für das Gespräch! ■**



Die Transporte werden fast immer von privaten Firmen durchgeführt.



neu: Die private Absicherung eines rückwärts auf die Autobahn transportierten Windradflügels.

Fotos © Mathias Scholz



## ÜBERLANGE BEARBEITUNGSZEITEN VON BEIHILFEANTRÄGEN

# Bearbeitungszeiten zu lang

Anne Wiench und Steffi Loth trafen sich mit den Fachkollegen aus dem Beihilfereferat Daniel Zimmermann und Wolfgang Hoffmann (Leiter des Referats) sowie der Leiterin der Abteilung 1 des Finanzministeriums, Frau Ute Hahnwald, zu einem fachlichen Austausch zum Thema Beihilfe. Im Fokus standen insbesondere die aus gewerkschaftlicher Sicht viel zu hohen Bearbeitungszeiten. Am Tag des Austauschs dauert liegt die Bearbeitungszeit laut Homepage des LfF bei durchschnittlich 22 Tagen, bei Pflege sogar 27 Tagen.

jeder Antrag gewisse Arbeitsschritte erforderlich macht, steige damit auch der Aufwand insgesamt; ein Sammeln der Anträge wäre hier sehr zu empfehlen. Dann wurde zwischenzeitlich auf ein neues System der Abrechnung umgestellt, was zu einem Stau in der Bearbeitung führte. Es wurde zur Abhilfe intern Personal umgeschichtet, die Hotline eingeschränkt, an Samstagen gearbeitet, Überstunden gemacht, mit dem Ziel, von den hohen Antragsbergen wieder herunterzukommen.

lagen einreichen müsse. Ein Heil- und Kostenplan oder Kostenvoranschlag wäre gut, aber nicht unerlässlich. Wenn man eine größere OP bevorstehen habe, solle man sich mit der groben Beschreibung, was dort zu machen sei, um eine solche Abschlagszahlung bemühen. Auch wenn man wiederkehrend hohe Kosten bei Behandlungen habe, z. B. während einer Chemotherapie, warb er für dieses Verfahren. Der ausgezahlte Abschlag würde dann mit der später eingereichten Rechnung abgerechnet.



Foto: Ann-Kathrin Rauber

Ein fachlicher guter Austausch und es gibt noch einiges zu tun. (zu sehen von links: Wolfgang Hoffmann, Anne Wiench, Steffi Loth, Ute Hahnwald und Daniel Zimmermann)

Wir hatten ja schon im letzten Jahr den Kontakt zur Beihilfestelle gesucht und nach Gesprächen auch ausführliche Schreiben an die Leiterin der Beihilfestelle und an die Finanzministerin Doris Ahnen gerichtet. Sowohl hier im Gespräch als auch in den Antwortschreiben wurden mehrere Gründe für die langen Bearbeitungszeiten benannt und sich hierfür auch entschuldigt.

### Zunahme von Anträgen

So sei ein Anstieg der Beihilfeanträge insgesamt zu verzeichnen, auch im Bereich der Pflege nehme die Beantragung deutlich zu. Die Zahl der Einzelanträge steige ebenfalls an, da die papierlose Beantragung dies begünstige. Ein Fall wurde geschildert, bei dem an einem Kalendertag 18 Anträge einzeln eingereicht wurden. Da

### Haltung der GdP

Seitens der GdP haben wir das Ziel von unter 14 Tagen zur Bearbeitung dargestellt und dass es gerade für schwierige Fälle trotzdem eine Unterstützung am Telefon geben muss.

### Abschlagszahlungen nutzen

Als Ziel für die Zukunft sieht Frau Hahnwald in den einfachen Fällen eine vollautomatisierte Bearbeitung und beschreibt, dass es derzeit keinen Ansatz gebe, mehr Personal einzusetzen. Herr Hoffmann warb für die Beantragung von Abschlagszahlungen. Dieses Instrument sei wohl wenig bekannt und ihm zufolge könne mit einem formlosen Antrag oder gar über das Kontaktformular eine solche Abschlagszahlung beantragt werden. Herr Zimmermann ergänzte hierzu, dass man unter den aktuellen Umständen auch nicht bereits alle Unter-

### Direktabrechnungen

Wir schilderten, dass uns ein Fall bekannt wurde, wo das Krankenhaus trotz guten Willens Schwierigkeiten hatte, mit der Beihilfestelle direkt abzurechnen. Mit diesem Fall wolle man auf die Beihilfestelle zugehen. Weiter verwies man auch darauf, dass nicht alle Krankenhäuser die Direktabrechnung akzeptieren würden und bedauerlicherweise eine aktuelle Initiative aufgeschoben werden musste bis zum Jahr 2024 mit allen Krankenhäusern in Deutschland, die Direktabrechnung zu ermöglichen.

### Verbesserungen in der Beihilfe

Wir fragten auch nach unseren weiteren Anliegen, wie die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, angepasste Beihilfesätze oder Abschaffung der Zuzahlungspflicht der Wahlleistungen von 26 €. Diese werden derzeit nicht angestrebt, hieß es zur Antwort. Doch am Ende noch eine gute Nachricht: Man kann den Bedarf von Anpassungen in Einzelbereichen nachvollziehen und ist aktuell in der Planung von Anpassungen bei den Heilmitteln und digitalen Gesundheits- und Pflegeanwendungen.

Zwischenzeitlich informierte der Newsletter des LfF über eine Antragsbegrenzung pro Tag von zwei Anträgen mit jeweils beliebigen Belegen. „Das Ansinnen ist verständlich, aber dass dies im Hintergrund nicht so abgebildet werden konnte, dass man eine Zusammenfassung von Anträgen gar nicht merkt, zeigt, wie es um die EDV steht“, kommentiert Steffi Loth. ■



LESERBRIEF VON JÜRGEN GEHRES

# Landesregierung und Innenminister Ebling haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt

Ich muss gestehen, dass die ablehnende Haltung von Innenminister Michael Ebling – bei der Übergabe der Petition – zur Erhöhung, Ruhegehaltsfähigkeit und Dynamisierung der Polizeizulage mich sprachlos gemacht hat. Man hätte sich eben auf die Personalaufstockung und die Verbesserung der Sachausstattung verständigt – so seine Aussage.

Schon seit einigen Jahren hat es die Landesregierung schwer, genügend Bewerber für unseren schönen, abwechslungsreichen, aber auch gefährlicher gewordenen Beruf zu finden. Es gibt in meinen Augen einen ganz gewichtigen Grund dafür. Dieser hat etwas mit Wertschätzung zu tun. Ein kleiner Teil unserer Gesellschaft meint, dass er Polizistinnen und Polizisten anpöbeln, bespucken, treten und schlagen darf.

Wer lässt sich das schon gerne bieten? Keiner ...!

Doch auch die politischen Verantwortlichen der jeweiligen Landesregierungen in Rheinland-Pfalz haben der Polizei in den letzten 15–20 Jahren zu wenig Wertschätzung entgegengebracht.

Bei der Besoldung liegt Rheinland-Pfalz unterhalb des Durchschnitts aller Bundesländer und der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Auch die Zulagen müssten dringend erhöht werden. Die Polizeizulage wurde seit mehr als 20 Jahren nicht mehr erhöht; sie ist auch nicht mehr Ruhegehaltsfähig. Ich bin mir nicht sicher, ob Innenminister Ebling weiß, dass man als Polizeibeamter viele belastende Ereignisse mit in seinen Ruhestand nimmt. Daher müsste

die Ruhegehaltsfähigkeit selbstverständlich sein.

Die Wechselschichtzulage von 51,13 Euro kann man doch nur als schlechten Witz bezeichnen, zumal diese Zulage eigentlich 102,26 Euro betragen müsste.

Wechselschichtdienst heißt, dass die Familie oft auf einen verzichten muss und dass man auch gesundheitliche Probleme – wie zum Beispiel Schlafstörungen – davontragen kann.

Auch das Thema Personal ist ein Dauerreizthema.

Falls es im Jahre 2024 10.000 Polizistinnen und Polizisten geben sollte, so reicht diese Zahl natürlich nicht aus. Kleine und mittelgroße Polizeidienststellen und auch die Kriminalpolizei haben bisher noch nicht von den erhöhten Einstellungszahlen profitiert.

Ich nenne gerne mal ein Beispiel. Wenn es auf einer mittelgroßen Polizeidienststelle Dienstgruppen gibt, die bei einer Mindeststärke von einem Fünftel nur sieben Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung haben, dann kann der Dienstbetrieb nicht funktionieren. Man hat das Gefühl, dass man immer im Dienst ist, weil man ständig länger arbeiten oder zusätzlich arbeiten muss, um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten.

Einer solchen Dienststelle fehlen ca. 25 Prozent Personal – was jeden einzelnen Beamten stark belastet.

Viele kleine Dienststellen dümpeln mit einer Personalstärke – um die 20 Köpfe – herum. Ein Personalausfall kann man kaum ersetzen, ohne den Rest des Personals weiter zu belasten. Dies fördert nicht gerade die Attraktivität des Berufs. „Gesundes Arbeiten in der Polizei“ funktioniert nur mit genügend Personal, das ist meine feste Überzeugung.

Wir reden seit Jahren über die immer häufiger werdenden Zahlen bei der „Gewalt gegen Polizeibeamte“ (und natürlich auch gegen andere Rettungsdienste). Dies wird natürlich auch von den politischen Verantwortlichen erkannt und auch kritisiert.

Will man diesem Thema nicht nur mit Worthülsen begegnen, muss man die Eigensicherung auf kleinen und mittelgroßen Dienststellen durch mehr Personal deutlich erhöhen.

Jede kleine Dienststelle müsste – rund um die Uhr – immer zwei Streifen zur Verfügung haben. Bei mittelgroßen Dienststellen müssten immer drei Streifen zur Verfügung stehen. Daher müssten bei kleinen Dienststellen 35 bzw. bei mittelgroßen Dienststellen 45–50 Beamtinnen und Beamte vorhanden sein.

Ich bin mir jedenfalls sehr sicher, dass man in den nächsten Jahren kaum mehr Interessenten für unseren Beruf gewinnen kann, wenn die Rahmenbedingungen nicht deutlich verbessert werden. Mit einer Verbesserung der Sachausstattung gewinnt man jedenfalls keine Bewerber.

Am Ende meines Berufslebens habe ich von Bürgern öfter den Satz gehört: „Euren Beruf wollte ich nicht machen – ihr seid zu bedauern!“ Ob die Landesregierung das schon wahrgenommen hat, wage ich zu bezweifeln.

**Jürgen Gehres**



# Die Dienstanweisung für die neue Bodycam ist da

Für die neue Bodycam der 2. Generation, für die die Fa. Axon den Zuschlag erhalten hat, wurde die Anpassung der Rahmen-dienstanweisung erforderlich. Hier ist zum Verfahren alles Notwendige geregelt worden, ebenso wie die taktischen Grundsätze und die Verarbeitungsregeln, welche an die Regelungen zur 1. Generation angelehnt sind. Es wurde auch dafür Sorge getragen, die zwar vorhandenen, in Rheinland-Pfalz rechtlich aber nicht zulässigen Funktionen der Bodycam, zu deaktivieren.

## Leitfaden

Der Leitfaden #PolizeigtHaltung.RLP zur reflektierten Kommunikation bei der Polizei beschreibt umfassend eine gesellschaftliche Einordnung sowie die Erwartungshaltungen an Mitarbeitende und Handlungsempfehlungen. Er verweist weiter auf Beratungs- und Unterstützungsangebote und betrachtet mögliche straf- und dienstrechtliche Konsequenzen. Er soll sich weiterentwickeln können und es wurde eine Evaluation vorgesehen. Für die, die keine Zeit zum Lesen des umfangreichen Werkes haben, wurde ein übersichtlicher Flyer hergestellt.

## Mentoring

Für die 6. Programmrunde wurden wieder 39 Tandems zusammengestellt, die von Juni

2023 bis Mai 2024 an dem entwickelten Programm teilnehmen können.

## Fortbildungsangebot der Hochschule der Polizei

Dem HPR wurde das gesamte Fortbildungsangebot für 2023 vorgelegt, nachdem im Dezember die Planungen für die erste Hälfte des Jahres eingereicht wurden. Das Angebot reicht mit mehr als 200 Produkten von allgemein fachlicher Fortbildung bis hin zu Online-Angeboten Digitale FITness für Polizeiinspektionen.

## Rahmenkonzept Geldautomatensprengungen

Das Konzept auf Landesebene gibt den Rahmen für die Maßnahmen bzw. Einsatzkonzepte der regionalen Polizeipräsidien vor. Die Maßnahmen sollen lageorientiert angepasst werden.

## Neuaustrichtung Diensthundewesen

Das bislang beim PP ELT angesiedelte Diensthundewesen wird zeitnah an die Hochschule der Polizei umorganisiert. Dort wird zukünftig in der Abteilung „Fortbildung“ die Zentralstelle Diensthundewesen

abgebildet. Es erfolgt dort insbesondere die Qualifikation und Fortbildung von Diensthundeführerinnen und Diensthundeführern. Die Tätigkeit des An- und Verkaufs von Diensthunden verbleibt im PP ELT und wird zukünftig in der Abteilung „Beschaffung und Logistik“ wahrgenommen. Dazu gehört dann alles von der Markterkundung bis zum Verkauf von Diensthunden und einem „Welpenprogramm“, also die Züchtung von jungen Hunden.

## Taktischer Einsatzcoat K

Zur Beantwortung der Frage, wie der taktische Einsatzcoat K aussehen soll, wird es eine Umfrage bei den Mitarbeitenden der KDD und K6 geben, die mit einer taktischen Hülle der Schutzpolizei ausgestattet wird. Es geht u. a. darum, wie der Tragekomfort eingeschätzt wird, die Erkennbarkeit oder die Handhabung.

Sabrina Kunz (06131) 16-3365  
René Klemmer (06131) 16-3378  
Steffi Loth (06131) 16-3379  
Sven Hummel (06131) 16-3380  
Ingo Schütte (06131) 16-3233 o. 65-3030 ■

**DP – Deutsche Polizei**  
Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
www.gdp-rp.de  
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
stefanie.loth@gdp.de



Die schnellere Ausbildung hilft der Wasserschutzpolizei (WSP) – hier die WSP 16 in voller Aktion.

Foto: Michael Güter

# Ausbildung der Wasserschutzpolizei wird um ein Jahr verkürzt

Die Änderung des „Fahrerlaubnisrechts“ auf europäischen und hiermit auch auf deutschen Wasserstraßen hat positive Auswirkungen auf die Ausbildungsdauer der WSP.

Die Mindestlänge von Wasserfahrzeugen, zu deren Führen ein (Behörden-)Patent erforderlich ist, wurde auf dem Rhein auf 20 m und auf den übrigen Wasserstraßen auf 25 m angehoben. Das heißt, dass die schweren Boote der Wasserschutzpolizei zukünftig bereits mit einem Bootsführerzeugnis geführt werden dürfen und ein Patent keine Voraussetzung mehr ist.

Dank der aktuellen Navigationstechnik werden die auf dem Rhein zur Revierkunde erforderlichen Ausbildungsfahrten auch deutlich weniger.

Die Umsetzung des europäischen Rechts in der Landesverordnung über die Bootsführerprüfung für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Wasserschutzpolizei führt also zur Verringerung der Ausbildungszeit und -aufwände. Somit stehen nun die Kolleginnen und Kollegen bereits nach zwei Jahren ihren Dienststellen als Bootsführer und damit als vollwertige Einsatzkräfte zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang kritisiert die GdP jedoch erneut die bisherige Nachbesetzungspraxis va-

kanter Stellen und fordert weiterhin, dass die Zuversetzung zur WSP bereits zwei Jahre vor einer Pensionierung geschieht. **Patrick Kirf**

Anzeige





## Sterbefälle

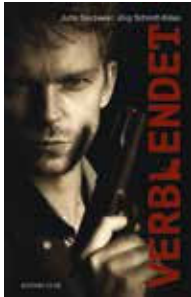


Ernst Herbert Wagner, 87 Jahre, KG Trier

Dirk Hartenberger, 56 Jahre, KG Trier

Gerhard Lerch, 75 Jahre, KG PP/PD Koblenz

## VERBLENDET – der neue Thriller unseres GdP-Mitglieds Jörg Schmitt-Kilian



Mit dem im Mai erschienenen Thriller **VERBLENDET** setzt KHK a. D. Jörg Schmitt-Kilian (gemeinsam mit Jutta Siorpaes aus Kitzbühel) die Krimiserie **NEBEN DER SPUR** fort. Auf der Basis wahrer Begebenheiten und brandaktueller Themen haben die beiden Syn-

dikatsmitglieder eine (im wahrsten Sinne des Wortes) hochexplosive Story entwickelt, in der sie atmosphärisch dicht zwischen Fiktion, harten Fakten und der Realität bei Ermittlungen im polizeilichen Alltag pendeln.

Nach einer Zwangsverheiratung flieht die junge Ayse Y. vor ihrem gewalttätigen Gatten und hofft, dass niemand den neuen Aufenthaltsort in Koblenz kennt. Doch kurze Zeit später findet Ayse die Leiche des neuen Freundes in ihrer Wohnung ...

Bestellung hier: [polizeikrimis@online.de](mailto:polizeikrimis@online.de) – auf Wunsch mit persönlicher Widmung – auch als Geschenk. Schmitt-Kilian/Siorpaes **VERBLENDET**, TZ-Verlag 2023, ISBN 978-3-96031-016-7, 12,90 € Jörg Schmitt-Kilian ■



## Geburtstage

### 70 Jahre

Wilfried Minning,  
PP ELT Wasserschutzpolizei  
Wolfgang Behrens, PD Mayen  
Horst Mehlinger,  
PP ELT Enkenbach-Alsenborn  
Klaus-Dieter Michel, PD Trier  
Jürgen Scholl, PD Neustadt  
Hans-Peter Weiler, PD Wittlich

### 75 Jahre

Walter Horch, KG PD Kaiserslautern  
Walter Hackmann, PP/PD Koblenz  
Karl-Heinz Hoffer, Vorderpfalz  
Viktor Ludwig, PD Neustadt  
Herbert Becker, PP/PD Mainz  
Wilfried Martin, PP/PD Mainz

### 95 Jahre

Inge Dielmann, PP/PD Koblenz

## Ruheständler

Markus Gasber, KG PP/PD Koblenz  
Uwe Lösch, KG PP Westpfalz

## Glückwunsch zur Wiederwahl

Unser Ewald Scheuer wurde erneut zum Schwerbehindertenbeauftragten gewählt – ein echter Vertrauensbeweis. Auf eine gute Amtszeit, lieber Ewald! ■



## Termine

**01.06.:** Die Senioren Mainz bieten eine Besichtigung der Zitadelle in Mainz inkl. der unterirdischen Gänge und des Luftschuttraums an. Anmeldungen bitte bis 24.05. an [rolfgaebler@web.de](mailto:rolfgaebler@web.de)

**27.06.:** BePo-Forum in Mainz

**09.07.:** Dankesfest

**18.07.:** Die Geschäftsstelle ist wegen Betriebsausflug geschlossen.

**13.09.:** safe the date: Die Senioren Mainz laden ein zu einem Spaziergang in Mainz mit stadthistorischem Input; Einladung folgt per E-Mail (Bitte gebt uns eine aktuelle E-Mail-Adresse von euch!)



Jennifer Otto und René Klemmer gratulieren Frauke Ziegler stellvertretend für den gesamten Studiengang.

## Herzlichen Glückwunsch allen 240 Graduierten des 23. Bachelors!

Mit Bestnoten haben die Kollegin Carina Mütz und der Kollege Joshua Wilhelm abgeschlossen. Wir sind stolz, euch alle an Bord zu haben. Wir wünschen euch alles Gute für eure Zukunft.

Einen guten Start wünschen wir an dieser Stelle auch den 185 Studies, die im Mai ihr Studium an der Hochschule aufgenommen haben. Herzlich willkommen auch in unserer lebendigen Solidargemeinschaft – der GdP! ■

## Mit 42 Kolleginnen und Kollegen zu Gast bei Martin Haller in Mainz

Politik und Medien waren die Themen bei der Seniorenfahrt der Bezirksgruppe Rheinpfalz nach Mainz. Martin Haller, MdL, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, erklärte uns nach einem Rundgang durch das neu gestaltete Gebäude im Plenarsaal seine Tätigkeit als Abgeordneter

im Landtag und Wahlkreis Frankenthal. Es schloss sich eine rege Diskussionsrunde mit allgemeinen und auch polizeispezifischen Themen an.

Nach einem leckeren Mittagessen faszinierte uns die Medienwelt des ZDF auf dem Lerchenberg in Mainz. Einblicke in Technik und Gestaltung einer Sport-Liveübertragung, Kameraführung, Beleuchtung, Studiogestaltung, Kulissen und Regieanweisungen bei der Produktion von Fernsehsendungen erstaunten immer wieder. Ein Rundgang im ZDF-Fernsehgarten und ein Infofilm über die Mächte des ZDF heute journal schlossen den interessanten Besuch ab.



Mit dem Bus nach Mainz zum Landtag und zum ZDF – der Gruppe hat's gefallen.

**Werner Burkard**